

Es geht wieder los: Von den USA unterstützter neuer israelischer Angriffskrieg gegen den Libanon und die anhaltende Einschränkung der Bewegungsfreiheit durch das europäische Grenzregime

von Anja Pilchowski, 2. April 2026



Abbildung 1: Blick auf das palästinensische Flüchtlingslager Burj al-Shamali in der Nähe von Tyros/Sour, wo Tausende Menschen um ihr Leben fürchten. Einerseits wegen der israelischen Militärangriffe und andererseits wegen der unzureichenden Versorgung mit Lebensmitteln, da der Süden durch die gezielte Zerstörung der Infrastruktur vom Rest des Landes abgeschnitten wurde. Foto: Anja Pilchowski.

Anfang dieses Jahres war ich wieder im Libanon. Ursprünglich war ich dorthin gereist, um in Tripoli an einer Gedenkveranstaltung teilzunehmen, die all den Menschen gewidmet war, die auf ihrer Flucht durch das europäische Grenzregime ums Leben gekommen sind. Und da mich die Schönheit des Landes und die Einzigartigkeit seiner Menschen erneut in ihren Bann zogen, verbrachte ich schließlich fast den gesamten Februar damit, Sehenswürdigkeiten von Süden nach Norden und von Osten nach Westen zu besuchen, mich wieder mit Freund*innen und ehemaligen Kolleg*innen zu treffen und Initiativen zu entdecken, die an den Rand der Gesellschaft gedrängte Menschen unterstützen. Die Stimmung war bedrückend; die Menschen waren noch immer erschöpft, die Mieten blieben aufgrund des anhaltenden Drucks auf den Wohnungsmarkt hoch, die wirtschaftliche Infrastruktur im Süden war durch den Angriffskrieg im Herbst 2024 zerstört worden, und die Angst vor einem weiteren Angriffskrieg lag in der Luft. Israel lässt die Menschen wissen, dass es Macht über sie hat, indem es ständig mit Drohnen über libanesischem Gebiet patrouilliert (die fast rund um die Uhr den Himmel überfliegen, Nummernschilder scannen, Mobiltelefone abhören und verfolgen sowie Fotos von Gesichtern machen), indem es nach dem Waffenstillstand vom 27. November 2024

etwa 15.000 Angriffe flog (Loysa, 2026) und indem es Gerüchte verbreitet, dass es bald wieder einen groß angelegten Angriff starten werde.

Die Menschen aus dem Südlibanon – die aufgrund ihrer Nähe zur Grenze ständig von der israelischen Armee angegriffen worden waren – flohen weiter nach Norden. Im Februar 2026 traf ich in Beirut einen Taxifahrer, der seine seit Generationen dort lebende Familie von Bint Jbeil im Süden nach Beirut gebracht hatte, ohne die Möglichkeit, zurückzukehren, da Israel beide Häuser der Familie zerstört hatte. Während unseres Gesprächs zeigte er mir Videos und Bilder seines verwüsteten Dorfes. Israel zerstörte Häuser und wichtige Infrastruktur und besprühte landwirtschaftliche Flächen mit weißem Phosphor, um sicherzustellen, dass den Menschen keine andere Wahl blieb, als zu fliehen, ohne zurückkehren zu können. Auch Khadija aus Odaisseh wurde seit Oktober 2023 mehrfach vertrieben; sie zog von ihrem Dorf im Süden nach Beirut und kehrte nach dem Waffenstillstand im November 2024 nach Odaisseh zurück. Nachdem sie mehrere Monate damit verbracht hatte, das Haus ihrer Familie wieder aufzubauen – ein Zuhause, das sie als ihre einzige wahre Zuflucht und Identität betrachtet, ein Haus, das ihr Vater über 35 Jahre lang erbaut und durch Arbeit außerhalb des Libanon finanziert hatte –, zwangen anhaltende Angriffe des israelischen Militärs Khadija 2025 dazu, nach Marwanieh zu fliehen und den Süden hinter sich zu lassen (Reliefweb, 2026).

Der verstorbene palästinensische Dichter, Professor und Aktivist Refaat Alareer aus Gaza fasste einmal zusammen, dass Waffenstillstandsabkommen mit Israel in der Regel bedeuten, dass Palästina – oder in diesem Fall der Libanon – das Feuer einstellt, während Israel weiter schießt.

Und nun, am 2. März 2026, hat das israelische Militär einen neuen Angriffskrieg gegen den Libanon begonnen, der sich insbesondere gegen den Süden und Osten des Landes sowie gegen Dahieh richtet – mit der konkreten Drohung, Beiruts südlichen Vorort Dahieh in ein zweites Khan Younis zu verwandeln. Zwei Tage später, am 4. März, gab das israelische Militär eine weitere Warnung heraus und befahl allen Bewohner*innen von Dahieh und den südlich des Litani-Flusses lebenden Menschen, das Gebiet zu verlassen, was eine neue Welle erzwungener Massenvertreibungen auslöste. Am 12. März erließ das israelische Militär eine weitere Vertreibungsanordnung. Diesmal betraf sie den gesamten Südlibanon südlich des Zahrani-Flusses, wodurch etwa 14 Prozent der gesamten Landfläche des Libanon unter Evakuierungsbefehle fielen – „die gewaltsame Vertreibung von Zivilist*innen ist verboten, sofern sie nicht durch zwingende militärische Notwendigkeit und die Sicherheit der betroffenen Zivilist*innen gerechtfertigt ist, und kann unter bestimmten Umständen ein Kriegsverbrechen darstellen“ (Internationale Juristenkommission, 2026). Bisher ist der Libanon internationalen Gremien wie dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) nicht beigetreten, um dort dokumentierte Kriegsverbrechen zur Anklage zu bringen. Der Beitritt Palästinas zum IStGH im Jahr 2015 führte zur Ausstellung von Haftbefehlen gegen Netanjahu und Gallant, was das Potenzial für eine Rechenschaftspflicht verdeutlicht. Für den Libanon könnte dies Aggressionen abschrecken, israelische Angriffe als Verbrechen im Sinne der UN-Charta einstufen und ein Bekenntnis zum Völkerrecht signalisieren (Al Jazeera, 2026). Doch welchen Wert hat das Völkerrecht, wenn die Mehrheit der israelischen Amtsträger*innen behauptet, das Völkerrecht gelte nicht für Israel, ein internationaler Haftbefehl gegen

Netanjahu nicht vollstreckt wird und Staaten wie Deutschland stattdessen weiterhin militärische Unterstützung leisten? Regeln scheinen für die einen bindend zu sein, für andere hingegen verhandelbar oder gar nicht anwendbar.

Am 13. März führte das israelische Militär erneut schwere Bombardements auf Beirut durch und griff dabei auch Gebiete wie Raouche und Hazmieh an, die bei früheren Angriffen verschont geblieben waren; am Tag zuvor hatte das israelische Militär bei einem Luftangriff sogar Vertriebene am Strand von Ramlet al Baida getötet. Zudem warf es überall in der Stadt Flugblätter mit QR-Codes ab, in denen die Einwohner*innen aufgefordert wurden, mit den israelischen Behörden zu kooperieren, da aufgrund des „großen Erfolgs“ in Gaza eine „neue Realität“ im Libanon Einzug halten werde – eine spöttische Anspielung auf den dort andauernden Völkermord (Haaretz, 2026). Lokale Medien rieten der Öffentlichkeit

eindringlich davon ab, diese Codes zu scannen. Die Menschen im Libanon beschreiben das Vorgehen Israels im aktuellen Angriffskrieg gegen ihr Land als ähnlich dem der letzten zweieinhalb Jahre im Gazastreifen: umfassende Evakuierungsbefehle, wiederholte Vertreibung von Tausenden von Familien und Einzelpersonen, Doppelangriffe und die systematische Bombardierung dicht besiedelter Gebiete sowie kritischer Infrastruktur wie Stromnetze, Straßen, Gesundheitseinrichtungen und Rettungsdienste. Vier Wochen nach Beginn des Angriffskrieges hat das israelische Militär über 1.300 Menschen getötet – darunter mehr als 50 gezielt angegriffene medizinische Mitarbeiter*innen, darunter Personal des Libanesischen Roten Kreuzes (LRC), der Volksambulanzbehörde, des Rettungsdienstes von Nabatieh, der Islamischen Gesundheitsbehörde, der Islamischen Risala-Pfadfinderorganisation und des libanesischen Zivilschutzes – sowie mehrere Journalisten wie Ali Shoeib, Fatima Ftouni und Mohammed Ftouni, die über den Krieg berichteten. Zu den Opfern zählten auch Universitätsmitarbeiter, darunter Hussein Bazzi, Dekan der naturwissenschaftlichen Fakultät der libanesischen Universität, und Professor Mortada Srour. Darüber hinaus wurden mehr als 3.700 Menschen verletzt und über 1.000.000 Menschen vertrieben, was etwa einem Fünftel der Gesamtbevölkerung des Libanon entspricht (Gherbal Initiative, 2026b; Internationale Juristenkommission, 2026; L'Orient Today, 2026a; Reuters, 2026). Neben der überwiegend arabischsprachigen Berichterstattung gibt es Journalisten wie Courtney Bonneau, Priyanka Navani, Sophia Maier oder Bruno Thevenin, die auf Englisch, Deutsch oder Spanisch berichten.



Abbildung 2: Zerstörung von Wohngebäuden in Dahieh durch das israelische Militär. Foto vom Februar 2026. Foto: Anja Pilchowski.

Am 15. März begannen koordinierte israelische Angriffe auf die Stadt Khiam, die voraussichtlich auf alle Gebiete südlich des Litani-Flusses ausgeweitet werden sollen – was den Beginn einer neuen Phase der israelischen Besetzung zu markieren scheint. Nach einer Reihe früherer Aggressionen startete das israelische Militär eine weitere Bodenoffensive im Südlibanon und begründete dies mit der Notwendigkeit einer Pufferzone – obwohl israelische Regierungsvertreter seit langem ihre Vision eines „Großisraels“ propagieren, wodurch Pufferzonen weniger wie Schutzmaßnahmen, sondern eher wie Schritte zur Ausweitung des Staatsgebiets erscheinen. Am 22. März zerstörte das israelische Militär weiterhin wichtige Verkehrsknotenpunkte wie die Qasmiyeh-Brücke im Südlibanon, wodurch der Süden weiter isoliert und Menschen eingeschlossen wurden, die nicht in der Lage oder nicht willens waren, das Gebiet zu verlassen. Zu den Zerstörungen gehörten auch Angriffe auf Tankstellen, Wassertanks, Solaranlagen und Gesundheitseinrichtungen wie die staatlichen Krankenhäuser in Hasbaya, Nabatieh, Tebnine, Bint Jbeil sowie die Krankenhäuser Salah Ghandour, Al-Najda Al-Shaabiya, Ragheb Harb und Jabal Amel. Bis zum 30. März hat das israelische Militär rund 30 libanesischen Grenzdörfer im Süden illegal besetzt (L'Orient Today, 2026b) und das über 400 Jahre alte Dorf Deir Seryan vollständig zerstört.

Im Libanon und weltweit finden Proteste statt, die ein Ende des israelischen Angriffskriegs gegen den Libanon fordern. Auch innerhalb Israels selbst finden Demonstrationen gegen die Angriffe auf Gaza, den Libanon, den Iran und Syrien statt, obwohl sie mit massiver Polizeigewalt konfrontiert sind. Aktuelle Informationen können auf Instagram über die Accounts von [radical.bloc.tlv](#), [oren_ziv](#), [btselem](#), [the.andrey.x](#), [972mag](#), [breakingthesilenceisrael](#), [jordan_valley_activists](#), [resistancesolidaritynetwork](#), [zochrot](#) oder [mesarvot](#).

Was unternimmt die libanesischen Regierung?

Die derzeitige libanesischen Regierung unter Präsident Joseph Aoun und Premierminister Nawaf Salam kämpft darum, die sich überschneidenden Krisen im Libanon zu bewältigen, darunter der finanzielle Zusammenbruch, der Verfall der öffentlichen Dienstleistungen, Korruption, die Wohnungskrise (verschärft durch bombardierte Häuser im Süden, Osten und im südlichen Beiruter Vorort Dahieh sowie eine Krise der Gebäudesicherheit in Tripoli) und die anhaltenden israelischen Militärangriffe, die seit Jahren zivile Gebiete verwüsten und die ohnehin schon fragilen staatlichen Kapazitäten belasten. Die libanesischen Regierung hat die Aktivitäten der Hisbollah für illegal erklärt, muss jedoch noch eine alternative Strategie zur Auseinandersetzung mit dem Angriffskrieg entwickeln.

Der libanesischen Armee gelang es nicht, in den südlichen Gebieten eine dauerhafte Kontrolle zu etablieren, und die libanesischen Regierung befahl ihr den Rückzug. Am 10. März wurde der Rapper Jaafar Touffar festgenommen, nachdem er die Vorgehensweise der libanesischen Regierung im Zusammenhang mit dem neuen israelischen Angriffskrieg kritisiert hatte. In einem Video, das er kurz vor seiner Festnahme veröffentlichte, hinterfragte Jaafar Touffar den Befehl der Regierung an die Armee, sich angesichts der Zusammenstöße an der südlichen Grenze zurückzuziehen.

Die Koalition für Meinungs- und Ausdrucksfreiheit verurteilte die Festnahme als Verstoß gegen das verfassungsmäßig geschützte Recht auf freie Meinungsäußerung und wies darauf hin, dass Touffar eine telefonische Benachrichtigung für seine Festnahme bekam, ohne dass deren Grund noch auftraggebende Behörde angegeben war (The Public Source, 2026). Am 31. März protestierten die Bewohner*innen des Grenzortes Rmaich in einem letzten Versuch, den Rückzug der libanesischen Armee zu verhindern, und flehten die Soldaten an, als Schutzwall gegen israelische Angriffe zu bleiben. Doch die Truppen setzten ihren Rückzug fort und ließen die Dorfbewohner*innen allein in einem Sicherheitsvakuum zurück.

Die Friedeninterimstruppen der Vereinten Nationen im Libanon (UNIFIL), die nach wie vor im Süden präsent sind, helfen der Zivilbevölkerung indem sie entlang der Blauen Linie Blut für Krankenhäuser spenden und Dutzende von Frauen, Kindern und älteren Menschen in sicherere Gebiete nördlich des Litani-Flusses begleiten. Die Mission hält zudem den humanitären Zugang im Südlibanon offen, unterstützt das Libanesisches Rote Kreuz und passt ihre Operationen an, um ihr UN-Mandat trotz anhaltender Gefahr zu erfüllen (UNIFIL, 2026). Am 29. März wurde ein Blauhelmsoldat der UNIFIL getötet, während ein weiterer schwer verletzt wurde, als ein Geschoss an einer UNIFIL-Stellung in der Nähe von Aadchit el Qsair explodierte.

Angesichts der zweiten Massenflucht von über einer Million Menschen in weniger als 1,5 Jahren agiert die libanesisches Regierung weiterhin im Überlebensmodus, ohne die Lage in den Griff zu bekommen, und strebt eher eine Einigung mit den USA und Israel an als einen umfassenden und mit ausreichend ausgestatteten Verteidigungs- und Versorgungsplan. Die letzten Jahrzehnte haben den Libanon in die Knie gezwungen – sehr zur Freude der Mächte, die diesen Überlebensmodus überhaupt erst geschaffen haben. Wie die Forscherin Jasmin Diab darlegte, gibt es keine zentrale Stelle, die die verfügbaren Ressourcen erfasst und die Bedürfnisse der Vertriebenen abgeglichen hat (Tahrir Institute for Middle East Policy, 2026). Die Reaktion auf den aktuellen Angriffskrieg erfolgt eher auf horizontaler als auf vertikaler Ebene: Lokale Gemeinschaften organisieren sich in der Regel selbst, während NGOs sich untereinander vernetzen; nach dem Aufstand von 2019 wurden starke und robuste Netzwerke aufgebaut. Dort, wo die Verbindungen zwischen NGOs enger sind, werden die Betroffenen besser versorgt; andere Gebiete werden sowohl von staatlichen als auch von nichtstaatlichen Akteuren völlig vernachlässigt.

Vertriebene schlafen in Autos, Zelten, Hotels, gemieteten Wohnungen, bei Verwandten und Freunden oder in öffentlichen Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden wie Theatern oder Kinos, die zu Notunterkünften umfunktioniert wurden. Das libanesisches Katastrophenrisikomanagement (DRM) versucht gemeinsam mit dem Libanesischen Roten Kreuz, diese Vertreibungskrise zu bewältigen, und stellt über die Plattform „961 Maps“ (961 maps, 2026) Unterkünfte bereit und erfasst die Zahl der Vertriebenen. Es gibt jedoch nicht genügend Unterkünfte, um alle Vertriebenen unterzubringen.



Abbildung 3: Jedes Auto ist heute ein Zufluchtsort. Foto aufgenommen in Beirut von Anja Pilchowski.

Die Journalistin Priyanka Navani fragte auf Instagram, warum die libanesische Regierung keine großen Zeltlager zur Unterkunft der Vertriebenen eingerichtet habe, wie es nach dem Erdbeben in der Türkei im Frühjahr 2023 der Fall war. Stattdessen liege der Schwerpunkt auf kollektivem Überleben und fragmentierter Hilfe statt auf einer koordinierten, strukturierten Reaktion. Und während die Regierung versucht, grundlegende Unterstützung wie Unterkünfte, Ernährungssicherheit, medizinische Versorgung oder vielseitige finanzielle Hilfe für die libanesische Bevölkerung bereitzustellen, indem sie 90 Millionen US-Dollar an internationaler Hilfe an UN-Organisationen, den Lebanon Humanitarian Fund (LHF), Unicef, das Welternährungsprogramm und Mercy

Corps (Gherbal Initiative, 2026a) vergibt, fallen Migrant*innen und Flüchtlinge größtenteils aus diesem Rahmen heraus.

Aktuelle Entwicklungen insbesondere für Flüchtlinge und Migrant*innen

Migrant*innen und Flüchtlinge im Libanon sehen sich mit erheblichen Einschränkungen konfrontiert: Sie können nicht in ihre Herkunftsländer zurückkehren, da die Flughäfen geschlossen sind, ihr Rückkehrrecht eingeschränkt ist oder in ihren Heimatländern, wie beispielsweise im Sudan, Völkermorde stattfinden. Und im Gegensatz zu libanesischen Staatsbürger*innen, die sich in Zweitwohnsitze zurückziehen oder öffentliche Notunterkünfte in Anspruch nehmen können, bleiben diese Unterkünfte für Flüchtlinge und Migrant*innen unzugänglich. Zahlen vom Dezember 2025 zeigen, dass sich derzeit etwa 150.000 ausländische Hausangestellte im Libanon aufhalten. Diese schutzbedürftigen Gruppen kommen in der Regel über das Kafala-System¹ ins Land und stammen aus Kamerun, der Elfenbeinküste, Äthiopien sowie weiteren afrikanischen und asiatischen Ländern (Deutsche Welle, 2025). Es gibt immer mehr Berichte darüber, dass Migrant*innen aus ihren Wohnungen vertrieben werden, weil sie nachdem sie ihren Arbeitsplatz verloren haben, die Miete nicht mehr bezahlen können. Nun sind sie weitgehend auf ihre selbstorganisierten Unterstützungsnetzwerke angewiesen und verlassen sich zum Überleben auf die Solidarität der Gemeinschaft und informelle Hilfssysteme.

¹ Kafala: Bürgerschaft im arabischen Gewohnheitsrecht

Palästinenser*innen im Libanon sind seit ihrer Vertreibung im Zuge der Nakba² als Flüchtlinge registriert. Ihnen wird seit langem der Zugang zu grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen verwehrt, darunter zur Gesundheitsversorgung und Bildung an Schulen und Universitäten, sowie das Recht, bestimmte Berufe auszuüben. Aufgrund von Beschränkungen beim Eigentumsrecht leben die meisten Palästinenser*innen weiterhin in Flüchtlingslagern. Diese Einschränkungen haben viele in einen Kreislauf der Marginalisierung eingebracht, da ihnen zudem das Recht verwehrt wird, nach Palästina zurückzukehren und ihr Leben neu aufzubauen. Seit ihrer Vertreibung aus Palästina während der Nakba sind Palästinenser*innen wiederholten israelischen Angriffen ausgesetzt und bleiben aufgrund ihrer Konzentration in Flüchtlingslagern wie Beirut-Shatila, Burj Barajneh, Burj Shemali, Beddawi, Nahr El-Bared, Ein El-Hillweh oder Al Rashidieh besonders gefährdet. Am 4. März wurden zwei Palästinenser im Lager Beddawi in der Nähe von Tripoli bei einem israelischen Luftangriff getötet.

Vor dem 8. Dezember 2024 bildeten Syrer*innen seit 2011 die größte Gruppe unter den Flüchtlingen und Migrant*innen im Libanon. Auch wenn viele Syrer*innen entweder freiwillig oder unter Zwang nach Syrien zurückgekehrt sind, sind die meisten aufgrund fehlender Alternativen oder aus eigener Entscheidung im Libanon geblieben. Sie sind weiterhin Diskriminierung, wirtschaftlichen Nöten und Gewalt ausgesetzt – Herausforderungen, die oft durch einen fehlenden legalen Aufenthaltsstatus verschärft werden, der ihren Zugang zu Arbeit, Gesundheitsversorgung und Bildung einschränkt und gleichzeitig das Risiko einer Verhaftung oder Zwangsräumung erhöht. Syrer*innen gehören oft zu den Ersten, die vertrieben und gewaltsam aus ihren Wohnstätten geräumt werden, um Platz für besser zahlende Mieter*innen zu schaffen. Da ihnen angemessene Unterkünfte und humanitäre Hilfe vorenthalten werden, sind die Syrer*innen erneut auf sich allein gestellt und auf selbstorganisierte Formen der Unterstützung angewiesen. Und da viele Syrer*innen in der Landwirtschaft arbeiten, insbesondere im Süden, sind einige von ihnen bereits bei israelischen Angriffen ums Leben gekommen.

Die Zuwanderung von Menschen aus dem Sudan begann in den 1950er und 1960er Jahren. In dieser Zeit benötigte der Arbeitsmarkt im Libanon, der sich im Wirtschaftswachstum befand, Arbeitskräfte. Dieser Bedarf fiel mit dem Angebot an Arbeitskräften aus dem Sudan zusammen, insbesondere aus dem Nordsudan. Eine weitere Migrationswelle setzte Ende der 1990er Jahre ein, deren Zeitpunkte mit Phasen der Instabilität und des Krieges im zentralen und westlichen Sudan zusammenfielen; die ankommenden Menschen fanden Arbeit im Gastgewerbe und im Baugewerbe.

Zwischen Mai und Juli 2022 erfasste die IOM (*Internationale Organisation für Migration*) im Rahmen ihres Programms zur Überwachung der Migrant*innenzahlen (Migrant Presence Monitoring) 11.539 Sudanes*innen, die sich im Libanon aufhielten (IOM, 2022). Die befragten Personen leben überwiegend in den Stadtteilen Beirut, Baabda, El Meten, Aley, Sour und Saida in Gemeinschaftsunterkünften bzw. in inoffiziellen Unterkünften. Ihre

2 Die Nakba bezeichnet die Vertreibung und Flucht arabischer Palästinenser*innen während des Palästina-Krieges (1947–1949) im Mandatsgebiet Palästina und dem entstehenden Staat Israel sowie die Enteignung ihres Landes, Eigentums und Besitzes, von denen rund 700.000 Menschen unmittelbar betroffen waren.

zweite Vertreibung im Zuge des aktuellen Krieges hat die meisten Sudanese*innen besonders schutzbedürftig gemacht, da sie aus staatlichen Unterkünften abgewiesen, in inoffizielle Unterkünfte wie den Sudanese Club in Beirut-Hamra gepfercht und von den meisten NGOs übersehen werden, die Libanes*innen oder größeren Flüchtlingsgruppen wie Syrer*innenn oder Palästinenser*innenn den Vorrang geben (CNN, 2026). Zudem verschärft Rassismus gegen Schwarze die Ausgrenzung, indem der Zugang zu Ressourcen und Chancen einschränkt und marginalisierte Sudanese*innen in ohnehin schon prekären Lebensumständen gefangen hält.

Freizügigkeit durch das europäische Grenzregime behindert

Da Israel erneut von Süden her einmarschiert und Syrien im Norden und Osten seine Grenzen für Nichtstaatsangehörige schließt, besteht der einzige Weg zur Flucht ohne bürokratische Hürden darin, sich dem Meer zuzuwenden. Gemäß Artikel 13 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ist Freizügigkeit ein Menschenrecht. Doch die Ausreise aus dem Libanon wird oft durch restriktive Visaverfahren oder Kriminalisierung erschwert. Die Tatsache, dass die Mehrheit der Menschen im Libanon keinen Zugang zu Visaverfahren hat, hat zu gefährlichen Reisen nach Europa über das Meer geführt. Die Menschen steigen in Boote, die oft seeuntüchtig und überfüllt sind und denen es an erfahrenen Navigatoren mangelt. Diese Bedingungen erhöhen das Risiko von Schiffbrüchen erheblich.

Der Schiffbruch vom 17. März 2025 verdeutlicht diese strukturellen Mängel (Alarm Phone, 2025). Am 15. März 2025 erhielt Alarm Phone Berichte über ein Boot, das aus dem Libanon ausgelaufen war und sich in der Nähe von Zypern in Seenot befand. Die zyprischen Behörden wurden alarmiert und aufgefordert, eine Such- und Rettungsaktion einzuleiten. Trotz wiederholter Nachfragen wurden keine Details bekannt gegeben, und die Behörden gaben später an, dass sie das Gebiet erfolglos abgesucht hätten. Angesichts der bekannten Praxis Zyperns, Menschen in den Libanon zurückzuschicken, kam die Befürchtung auf, dass das Boot gewaltsam zurückgeschickt oder im Stich gelassen worden sein könnte. Am 17. März 2025 wurde der Untergang des Bootes bestätigt. Zwei Menschen überlebten, sieben Leichen wurden geborgen, und viele andere – von den etwa 23 Personen an Bord – werden weiterhin vermisst. Die Identifizierung der beiden Überlebenden, Bassam und Raad, erfolgte durch Zufall, da das Krankenhauspersonal die offiziellen Protokolle nicht befolgte, aber bestätigte, dass die Personen behandelt und später entlassen worden waren. Es wurden keine Informationen über ihre Situation nach der Entlassung oder über die sieben geborgenen Leichen bereitgestellt. Erst durch einen am 30. Dezember 2025 veröffentlichten Medienbericht – „Surviving a Shipwreck, Drowning in the System“ des Cyprus Investigative Reporting Network – wurde bekannt, dass die beiden Überlebenden ohne psychologische oder finanzielle Unterstützung durch den zyprischen Staat entlassen wurden und dass sechs der sieben geborgenen Leichen auf Kosten der Angehörigen nach Syrien überführt wurden, während eine Person auf Zypern beigesetzt wurde. Politische Parteien, darunter AKEL (Progressive Partei der Arbeitenden), Volt Cyprus und The Greens Cyprus, haben eine Untersuchung der Umstände des Schiffbruchs gefordert.

Es bestehen weiterhin ernsthafte Bedenken hinsichtlich der Frage, ob die zyprischen Behörden vor dem Untergang des Bootes über dessen Position informiert waren, insbesondere angesichts der Tatsache, dass die geschätzten Koordinaten übermittelt worden waren und das Gebiet umfassend überwacht wird. Die Behauptung, das Boot habe nicht geortet werden können, wird vielfach angezweifelt.

Laut Rygiel (2016) findet im europäischen Kontext eine zunehmende Auslagerung der Grenzkontrolle mittels politischer Machtausübung statt, z. B. durch bilaterale Verträge. Das harte Vorgehen gegen Menschen auf der Flucht hindert diese nicht nur daran, ihre gewünschten Ziele zu erreichen, sondern hält sie auch davon ab, aus lebensbedrohlichen Situationen zu fliehen. Sie werden in Todeszonen zurückgelassen und haben keine andere Wahl, als ihr Leben zu riskieren, wenn sie ihre Reise fortsetzen. Eine Organisation, die in bilateralen Abkommen mit Tunesien, Senegal oder dem Libanon auftaucht, ist das Internationale Zentrum für Migrationspolitikentwicklung (International Centre for Migration Policy Development, ICMPD). Das ICMPD ist maßgeblich an der Politikgestaltung zu Gunsten der Externalisierung der EU-Grenzen beteiligt. Laut Georgi (2007) wurde das ICMPD 1993 von Österreich und der Schweiz als kleines, auf drei Jahre angelegtes Pilotprojekt mit Sitz in Wien/Österreich gegründet, um den zwischenstaatlichen Dialog zu fördern und praktische Forschung zu betreiben, die darauf abzielte, auf die neuen Herausforderungen der Migration von Osteuropa nach Westeuropa zu reagieren. Im Jahr 2004 war es bereits eine internationale Organisation mit zehn Mitgliedstaaten, etwa vierzig Mitarbeitern und einem Jahresbudget von rund 3,5 Millionen Euro. Obwohl das ICMPD in den vergangenen Jahren in vielerlei Hinsicht an der Entwicklung des europäischen Migrationssystems mitgewirkt hat, ist es fast unbekannt. „Das ICMPD berät Länder im Hintergrund, baut internationale Netzwerke auf und wird auch selbst in Grenzregionen der EU aktiv. Das ICMPD ist eine Organisation, die nur wenigen bekannt ist, die aber gleichzeitig zu einem wichtigen Akteur in der EU-Migrationspolitik geworden ist“ (FragDenStaat, 2023, Abs. 1).

Die niederländischen Behörden wollen gemeinsam mit dem ICMPD den Libanon als treibende Kraft im regionalen Grenzmanagement etablieren – mit einem Projekt, das die libanesischen Grenzbehörden bei der Professionalisierung ihres Grenzmanagements unterstützt. Das Projekt begann im März 2022 und lief bis November 2025 (ICMPD, ohne Datum a). Darüber hinaus führt das ICMPD in Zusammenarbeit mit dem vom dänischen Außenministerium finanzierten Dänischen Migrationsmanagementprogramm das Projekt „Zentrale Lösung für das Migrationsdatenmanagement für nationale Institutionen im Libanon“ durch. Ziel dieses Projekts, das von Dezember 2024 bis Januar 2027 läuft, ist es, die Migrationspolitik im Libanon durch die Entwicklung eines zentralisierten Datenverwaltungssystems zu verbessern. Das Projekt soll libanesischen staatlichen Institutionen dabei unterstützen, die behördenübergreifende Abstimmung zu verbessern, die technischen Kapazitäten auszubauen und ein wirksames und nachhaltiges Migrationsmanagement im Libanon sicherzustellen (ICMPD, ohne Datum b).

Und als größter Geldgeber hat auch die EU schon sehr früh erkannt, dass der Libanon eine entscheidende Rolle dabei spielt, Migrant*innen von Europa fernzuhalten. Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, kündigte gemeinsam mit dem zyprischen Minister Nikos Christodoulides am 2. Mai 2024 „ein Finanzpaket in

Höhe von 1 Milliarden Euro für den Libanon an, das ab diesem Jahr bis 2027 zur Verfügung stehen soll. (...) [Dieses Finanzpaket soll zu] Sicherheit und Stabilität (...) beitragen [und] die libanesischen Streitkräfte sowie die allgemeinen und internen Sicherheitskräfte unterstützen. Der Schwerpunkt liegt dabei vor allem auf der Bereitstellung von Ausrüstung, Ausbildung und der notwendigen Infrastruktur für das Grenzmanagement. Darüber hinaus wäre es für den Libanon sehr hilfreich, eine Arbeitsvereinbarung mit Frontex zu schließen, insbesondere zum Informationsaustausch und zur Lageerfassung" (Europäische Kommission, 2024).

Auf der Grundlage der oben genannten Ankündigung und des libanesischen Gesetzes über das Recht auf Zugang zu Informationen (Gesetz Nr. 28/2017) reichte die Gherbal-Initiative am 23. Februar 2026 einen Antrag bei den libanesischen Behörden ein, in dem sie Folgendes beantragte:

- Eingang und Zuweisung von Mitteln

Bestätigung darüber, ob das Finanzministerium die in den Vereinbarungen genannten Beträge in voller Höhe erhalten hat, einschließlich Datum und Höhe jeder Auszahlung. Eine detaillierte Erläuterung, wie diese Mittel im Staatshaushalt oder in etwaigen Sonderkonten verbucht wurden. Eine Aufschlüsselung der an die einzelnen begünstigten Ministerien, Verwaltungsstellen oder Einrichtungen überwiesenen oder zugewiesenen Beträge mit den entsprechenden Daten und Beträgen.

- Durchführung und Auftragsvergabe

Ermittlung der durchführenden Stellen für jedes Programm, einschließlich der inneren Sicherheitskräfte, des Grenzmanagements, der Wiederaufbauprojekte und der Verwaltungsreform. Klärung der Frage, ob Mittel an Dritte, wie internationale Organisationen, Beratungsunternehmen oder Auftragnehmer*innen, weitergeleitet wurden, einschließlich der Namen dieser Stellen und des Wertes der entsprechenden Verträge.

- Vergabeverfahren

Klärung der Frage, ob für die Umsetzung der im Rahmen dieser Vereinbarungen finanzierten Projekte öffentliche Vergabeverfahren durchgeführt wurden. Falls ja, verlangte Gherbal die Bestätigung, dass diese Verfahren mit dem libanesischen Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen (Gesetz Nr. 244/2021) im Einklang standen, einschließlich der angewandten Vergabemethode, der Angabe, ob und wo Ausschreibungsbekanntmachungen veröffentlicht wurden, der Namen der erfolgreichen Bieter und der Auftragswerte sowie Kopien der Ausschreibungsunterlagen, der Bewertungsberichte und der Zuteilungsentscheidungen.

Die in Beirut ansässige Gherbal-Initiative ist eine zivilgesellschaftliche Organisation, die sich dafür einsetzt, undurchsichtige öffentliche Verwaltungen zur Offenlegung und Visualisierung ihrer Haushaltsdaten zu bewegen; sie fungiert damit praktisch als libanesischer Antwort auf Plattformen wie das deutsche „Frag den Staat“. Indem Gherbal komplexe staatliche Bilanzen in benutzerfreundliche Infografiken umsetzt, überbrückt die Initiative die Kluft zwischen den Bürger*innen und einer undurchsichtigen libanesischen Regierung und macht so aus den oft zurückgehaltenen Rohdaten der

Verwaltung öffentliches Wissen.

Wie wir unseren Brüdern und Schwestern im Libanon helfen können

Der Libanon ist ein Land, in dem sich verschiedene, von externen Faktoren verursachte Krisen überlagern. Diese Zustände sind mittlerweile so tief verwurzelt, dass sich viele Menschen an das Unerträgliche gewöhnt haben. Die Widerstandsfähigkeit der Libanes*innen ist nicht immer nur eine besondere Stärke zuzuschreiben, sondern vor allem dem Fehlen von Alternativen und der Notwendigkeit zum Überleben (Loysa, 2026). Und nun, angesichts des aktuellen Krieges, sind die Lebenshaltungskosten stark gestiegen, da Lieferketten unterbrochen, die Infrastruktur beschädigt und Importe teurer geworden sind. Die Preise für Grundgüter wie Lebensmittel, Treibstoff und Medikamente sind in die Höhe geschneit, während viele Menschen mit Arbeitsplatzverlusten oder Einkommensrückgängen konfrontiert sind. Infolgedessen werden die Lebenshaltungskosten immer schwerer zu stemmen, was immer mehr Haushalte in finanzielle Not bringt und es den meisten Menschen erschwert, ihre Grundbedürfnisse zu decken. Doch viele Menschen vor Ort haben nicht aufgegeben und arbeiten weiterhin Tag und Nacht daran, ihre Gemeinschaften am Leben zu erhalten. Sie weigern sich, sich spalten zu lassen. Ich habe gesehen, wie Libanes*innen Syrer*innen unterstützen, Syrer*innen Äthiopier*innen, Äthiopier*innen Palästinenser*innen, Palästinenser*innen Sudanese*innen, queere Menschen schiitische Muslime, schiitische Muslime sunnitische Muslime, sunnitische Muslime Christen und Christen Drusen und Alawiten – wobei jede Gemeinschaft über Grenzen von Herkunft, Glauben und Identität hinweg Hilfe leistet.

Da sich internationale Organisationen jedoch sowohl finanziell als auch organisatorisch zurückgezogen haben – insbesondere nach dem 8. Dezember 2024, als das al-Assad-Regime gestürzt wurde und die Syrer*innen nicht mehr die Hauptzielgruppe internationaler Hilfe waren, sowie später, als USAID³ im Juli 2025 aufgelöst wurde –, sind riesige Lücken in der humanitären Hilfe entstanden. Dennoch ermöglichte diese Situation eine (Wieder-)Öffnung für gemeindebasierte und basisdemokratische Initiativen, sich vom westlichen Paternalismus zu lösen und einen dezentraleren, von der Gemeinschaft getragenen Ansatz für die vielfältigen Krisen, mit denen sie konfrontiert sind, (wieder) zu etablieren.

Zusammen mit dem Kapazitätsaufbau – der für die Krisenbewältigung von entscheidender Bedeutung ist, um lokale Gemeinschaften mit den notwendigen Kompetenzen, Ressourcen und organisatorischen Stärken auszustatten – bauen diese Basisinitiativen ihr Fachwissen kontinuierlich aus, um effizient reagieren zu können, Doppelarbeit zu vermeiden und nachhaltige, langfristige Arbeit zu leisten. **Gleichzeitig haben wir als internationale Gemeinschaft nun die Pflicht, diese wiederauflebenden und neu entstehenden Keime lokaler Solidarität zu unterstützen.** Da die Menschen und ihre Kinder ohne das Nötigste geflohen sind, benötigen sie Zugang zu Lebensmitteln und Grundausstattung zum Kochen, sicherem Trinkwasser, Erste-Hilfe-Sets und Medikamenten, Hygieneartikeln, sicheren sanitären Einrichtungen, Babynahrung, Windeln, Kleidung, Zelten oder Materialien für Notunterkünfte, Matratzen, Decken sowie

3 United States Agency for International Development, Behörde der Vereinigten Staaten für Entwicklungszusammenarbeit

Unterstützung bei der Deckung der Mietkosten.

In Tripoli

Die Nichtregierungsorganisation **Cedar Centre for Legal Studies** startete ihre Kampagne „Stronger Together“ und verteilte Lebensmittelpakete, Trinkwasser und Hygieneartikel, während sie gleichzeitig psychosoziale Unterstützung für Vertriebene leistete. **Tarablos Tastajib**, eine Basisbewegung mit Sitz in Tripoli, hat Freiwillige mobilisiert, um vertriebene Familien in Tripoli und umliegenden Gebieten wie Dennieh, Minieh, Miziara, Qalmoun und Koura zu unterstützen; während sie sich in der ersten Phase auf die Unterstützung von Vertriebenen in öffentlichen Unterkünften konzentrierten, haben sie ihren Schwerpunkt inzwischen auf informelle Unterkünfte verlagert. Sie verteilen Lebensmittel und Wasser, Matratzen, Decken und Kissen sowie Hygiene-Sets, Babynahrung und Windeln für Kinder und ältere Menschen. Ebenfalls in Tripoli hat die NGO **Utopia** gemeinsam mit Oxfam Libanon und dem Malteserorden Libanon Matratzen und Kissen verteilt und Mahlzeiten in Notunterkünften bereitgestellt. Die ebenfalls in Tripoli ansässige NGO **Development, Culture, and Leadership (DCL)**, die über langjährige Erfahrung in der raschen Umsetzung von Notfallplänen verfügt, arbeitet zusammen mit **Ahali Al Madina** (Erfahrung mit Notunterkünften, vertriebenen Familien in Mietunterkünften und der direkten Verteilung von Lebensmitteln, Wasser, Kleidung, Hygieneartikeln, Matratzen, Decken und anderen lebensnotwendigen Gütern) sowie **Jabal Mohsen First Responders** (Erfahrung mit Notfallmaßnahmen und Rettungsaktionen unter Rückgriff auf ihre Freiwilligenbasis, Such- und Rettungskompetenz sowie ihre Geschichte in der Krisenbewältigung) dabei, sich zusammenzuschließen, um schnelle Reaktionen auf Vorfälle vor Ort, Unterkommensmanagement und logistische Unterstützung, die Mobilisierung von Freiwilligen für Hilfsmaßnahmen sowie die Weitervermittlung von schutzbedürftigen Fällen zu ermöglichen.

Die folgenden Organisationen und Initiativen sind in Beirut tätig:

Die **Reman Organization**, eine von Migrant*innen geführte Gruppe, unterstützt Vertriebene durch die Verteilung von Lebensmitteln und lebensnotwendigen Gütern und sorgt gleichzeitig für sichere Schlafplätze. Im Beiruter Stadtteil Geitawi hat **Nation Station**, eine seit langem bestehende Gemeinschaftsküche, ihren Tätigkeitsschwerpunkt auf die Zubereitung und Verteilung von Mahlzeiten für Vertriebene verlagert. Gleichzeitig haben **SIDC** und **Mosaic** ein neues Unterkunftsprojekt ins Leben gerufen, um Menschen zu beherbergen, die aufgrund geschlechtsspezifischer Gewalt ihr Zuhause verloren haben. Andere lokale Akteure beteiligen sich mit ebenso wichtigen Initiativen.

Die queere Bar **Tota Beirut** hat sich teilweise zu einer zentralen Anlaufstelle für die Sammlung und Verteilung von Geldspenden und lebensnotwendigen Hilfsgütern gewandelt, während **Egna Legna Besidet**, ein Kollektiv äthiopischer Hausangestellter, Vertriebenen warme Mahlzeiten, Babynahrung, Windeln, Decken und Kleidung zur Verfügung stellt. In Flüchtlingslagern wie Bourj el Barajneh setzt die **Association Makani** ihr auf Lebensmittel ausgerichtetes Modell zur wirtschaftlichen Stärkung fort. Unterdessen organisiert die von Migrant*innen geführte Gruppe **Tres Marias** in Bourj Hammoud die Verteilung warmer Mahlzeiten an Vertriebene.



Abbildung 4: Kaffee ist ein verbindendes Element, und auch die kleinen Kaffeetreffen tragen dazu bei, die Initiativen für Vertriebene am Laufen zu halten. Foto: Anja Pilchowski.

In Dahieh hat **Humans of Dahieh** ein Hilfsprojekt für Kriegsoffer ins Leben gerufen, das wichtige Hilfsgüter wie Medikamente, Matratzen, Lebensmittel und Wasser an Vertriebene und vom Krieg betroffene Gemeinschaften liefert. In Zusammenarbeit mit den Content-Erstellern und Videografen Hmayed und Hsen Farhat verteilen sie zudem Zelte, Lebensmittel und sogar Futter für Tiere, die im Südlibanon zurückgelassen wurden. Das Kollektiv **Reclaim our Rights** (ROR), das von *Migrant Workers Action* (MWA) unterstützt wird, hilft Migrant*innen in inoffiziellen Unterkünften (Gemeinschaftsunterkünften), indem es

Lebensmittel, Hygiene-Sets und andere dringend benötigte Hilfsgüter verteilt. MWA weist darauf hin, dass viele Spender*innen die Verwendung ihrer Mittel vorschreiben, was es schwierig macht, die Miete direkt zu bezahlen. Doch die Zahlung der Miete für Migrant*innen, die derzeit keine Arbeit haben, bleibt ein entscheidender Weg, um eine sichere Unterkunft zu gewährleisten.

In Saida versorgt die NGO **Cap Anamur** gemeinsam mit der lokalen Organisation PARD, die die Hilfsmaßnahmen in Schulen koordiniert, insbesondere die Vertriebenen in Saida und im Südlibanon mit Lebensmitteln und Hygieneartikeln.

Im gesamten Libanon

Die Nichtregierungsorganisation **Beit el Baraka** sorgt generell dafür, dass libanesische Familien, denen ihre grundlegendsten Bedürfnisse und Rechte vorenthalten wurden, ein Mindestmaß an Würde erfahren. Während des aktuellen Angriffskrieges stellte die Organisation mehrere tausend warme Mahlzeiten, mehrere hundert Decken, mehr als 12 Tonnen Trockenlebensmittel, 1.200 Liter Speiseöl und mehrere tausend Konservendosen bereit. Seit kurzem erreicht sie auch Menschen im abgeschnittenen Süden, die sich entschieden haben, in ihren Häusern zu bleiben. Das intersektionale feministische Kollektiv **Jeyetna** ist ebenfalls im gesamten Libanon tätig und setzt sich für Menstruationsgerechtigkeit ein.

Seit Kriegsbeginn konzentrieren sie sich darauf, Damenbinden, Wasserbeutel und andere lebensnotwendige Hilfsgüter an Frauen und Mädchen zu verteilen. In Kriegszeiten steigt die Suizidgefahr häufig aufgrund von schwerwiegenden Traumata, Verlusten, Vertreibung, wirtschaftlicher Not und Angst. In diesem Zusammenhang ist der Zugang zu psychosozialer Unterstützung von entscheidender Bedeutung. Die NGO **Embrace** betreibt die libanesische nationale Hotline (1564) und bietet Menschen in Krisensituationen eine wichtige, vertrauliche Anlaufstelle, die emotionale Unterstützung, Risikobewertung und die Vermittlung von psychologischen Hilfsangeboten bereitstellt, um Isolation zu verringern und suizidale Handlungen in Zeiten kriegsbedingter Belastungen zu verhindern. Die **Juzur-Initiative** arbeitet mit zahlreichen Freiwilligen und

Kontaktpersonen im gesamten Libanon zusammen. Sie versorgen vertriebene Familien in Beirut, im Libanongebirge sowie im Nord- und Südlibanon mit Lebensmitteln und Wasser, Unterkünften, Koch- und Heizmaterial, Kleidung sowie Hygiene- und Notfallartikeln. **Beit Afal Assumoud** arbeitet mit palästinensischen Flüchtlingen und anderen schutzbedürftigen Menschen im gesamten Libanon zusammen und bietet dabei gemeindenahere Unterstützung, psychosoziale Dienste, berufliche Bildung und Bildungsaktivitäten an. Die Organisation ist in mehreren Lagergebieten tätig, darunter Nahr El Bared im Nordlibanon, Rashidieh im Süden und Burj Al Barajneh in Beirut, und führt Programme in den Bereichen psychische Gesundheit, reproduktive Gesundheit, Jugendarbeit und Kulturprojekte durch.

Die Menschen im Libanon werden noch lange Unterstützung benötigen. Das wird auch dann nicht aufhören, wenn der israelische Angriffskrieg gegen den Libanon morgen enden sollte. Die Menschen sind erschöpft, der soziale Zusammenhalt bröckelt, und Häuser sowie landwirtschaftliche Flächen wurden dauerhaft zerstört. Gleichzeitig werden konfessionelle Spannungen und migrationsfeindliche Stimmungen durch die Verbreitung von postfaktischen Nachrichten und KI-generierten Inhalten in den sozialen Medien angeheizt (ganz nach dem Geschmack der herrschenden Mächte), während die Reaktion der libanesischen Regierung unzureichend und nicht inklusiv bleibt. Dennoch sind es die lokalen Gemeinschaften und informellen Netzwerke nichtstaatlicher Akteure, die immer wieder die Folgen dieser Schocks auffangen. Die Basisinitiativen und lokalen NGOs wollen das Fehlen des libanesischen Staates keineswegs zur Normalität werden lassen, sondern setzen sich aufrichtig dafür ein, das tägliche Leid der am stärksten betroffenen Menschen zu lindern (Tahrir Institute for Middle East Policy, 2026).

Wenn möglich, spenden Sie bitte an eine der oben aufgeführten NGOs oder Initiativen oder an eine andere Organisation Ihres Vertrauens. Oder halten Sie Ausschau nach Spendenaktionen in Ihrer Nähe – oft gibt es in Ihrer Umgebung eine libanesische Diaspora. Jeder Cent, den Sie entbehren können, wird im Libanon dringend benötigt.

Die kürzlich gegründete NGO „Hamburg Solidarisch e.V.“, in deren Vorstand ich tätig bin, startet in Kürze ihre erste Spendenaktion zur Unterstützung der Menschen im Libanon. Weitere Informationen finden Sie auf unserer Website www.hamburg-solidarisch.de oder auf unserem Instagram-Account [hamburgsolidarisch](https://www.instagram.com/hamburgsolidarisch). Und wenn Sie spenden möchten, können wir Ihnen sogar eine Spendenquittung ausstellen, falls Sie in Deutschland wohnen. Wir werden alle unsere Aktivitäten während der Spendenaktion veröffentlichen, um vollständige Transparenz zu gewährleisten.

aus dem Englischen von Frank Lenz

Quellenangaben

961 maps (2026, n.d.). Shelter and Displacement Monitoring Supported by DRM and LRC. Retrieved March 29, 2026, from <https://961.maps.arcgis.com/apps/dashboards/399c712d0eba4f49930008e9f6a44a7d>

Al Jazeera (2026, April 2). Why Lebanon should join the International Criminal Court. Retrieved April 2, 2026, from <https://www.aljazeera.com/opinions/2026/4/2/why-lebanon-should-join-the-international-criminal-court>

Alarm Phone (2025, March 28). Preventable deaths: many people lost their lives or went missing after a shipwreck off Cyprus. Retrieved March 28, 2026, from https://alarmphone.org/en/2025/03/28/preventable-deaths-many-people-lost-their-lives-or-went-missing-after-a-shipwreck-off-cyprus/?post_type_release_type=post

CNN (2026, April 2). They fled Sudan only to be displaced again in Lebanon. Retrieved April 2, 2026, from <https://edition.cnn.com/2026/04/02/world/video/sudan-migrants-lebanon-vrtcdigvid>

Deutsche Welle (2025, December 18). Lebanon: Migrant workers exploited under 'kafala' system. Retrieved March 22, 2026, from <https://www.dw.com/en/migrant-workers-exploited-in-lebanon-under-kafala-system-modern-day-slavery-slaves/a-75204479>

European Commission (2024, May 2). Directorate-General for Neighbourhood and Enlargement Negotiations. Press statement by President von der Leyen with Cypriot President Christodoulides and Lebanese Prime Minister Mikati. Retrieved March 31, 2026, from https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/news/press-statement-president-von-der-leyen-cypriot-president-christodoulides-and-lebanese-prime-2024-05-02_en

FragDenStaat (2023, May 19). International Centre for Migration Policy Development (ICMPD): The Migration Managers. Retrieved March 31, 2026, from <https://fragdenstaat.de/en/blog/2023/05/19/the-migration-managers/>

Georgi, F. (2007). Migrationsmanagement in Europa. Eine kritische Studie am Beispiel des International Centre for Migration Policy Development (ICMPD). Retrieved March 31, 2026, from https://refubium.fu-berlin.de/bitstream/handle/fub188/15469/Georgi_2007-Migrationsmanagement_in_Europa_final-1.pdf?sequence=1&isAllowed=y

Gherbal Initiative (2026a, March 27). Following the 2026 war, over \$90 million in international aid was allocated to Lebanon. How was it distributed? Retrieved March 29, 2026, from <https://www.instagram.com/elgherbalorg/p/DWYjUQPDRUZ/>

Gherbal Initiative (2026b, March 31). Lebanon's health care sector is collapsing under the weight of Israeli aggression. Retrieved March 31, 2026, from <https://www.instagram.com/elgherbalorg/p/DWi4vokjYHw/>

Haaretz (2026, March 14). 'After Its Great Success in Gaza, 'New Reality' Newspaper Is Coming to Lebanon' IDF Drops Leaflets Over Beirut Urging Residents to Cooperate With Israel, Hezbollah to Disarm. Retrieved March 16, 2026, from <https://www.haaretz.com/middle-east-news/2026-03-14/ty-article/.premium/idf-drops-leaflets-over-beirut-calling-residents-to-cooperate-with-israel/0000019c-e962-d8a9-adbe-edf2189f0000>

ICMPD (n.d.-a). IBM Phase V: Netherlands Assistance to Lebanese Border Agencies Lebanon - Establishing Lebanon as a Driver of Regional Border Management Partnerships. Retrieved March 31, 2026, from <https://www.icmpd.org/our-work/projects/netherlands-assistance-to-lebanese-border-agencies-lebanon-establishing-lebanon-as-a-driver-of-regional-border-management-partnerships-ibm-phase-v>

ICMPD (n.d.-b). MDM: Central Migration Data Management Solution for National Institutions in Lebanon. Retrieved March 31, 2026, from <https://www.icmpd.org/our-work/projects/central-migration-data-management-solution-for-national-institutions-in-lebanon-mdm>

International Commission of Jurists (2026, March 20). Lebanon: Israel must immediately stop using unlawful mass displacement orders and inflicting terror on civilians. Retrieved March 22, 2026, from <https://www.icj.org/lebanon-israel-must-immediately-stop-using-unlawful-mass-displacement-orders-and-inflicting-terror-on-civilians-1/>

IOM (2022). Sudanese Nationals' Presence In Lebanon. Round 2 - Migrant Presence Monitoring (MPM). Retrieved March 31, 2026, from https://dtm.iom.int/sites/g/files/tmzbd11461/files/reports/MPM%20Round%202_Migrants%20in%20Lebanon_Sudanese%202022.pdf

L'Orient Today (2026a, March 13). What we know about the two professors killed in the Lebanese University Hadath strike. Retrieved March 30, 2026, from <https://today.lorientjour.com/article/1499031/what-we-know-about-the-two-professors-killed-in-the-lebanese-university-hadath-strike.html>

L'Orient Today (2026b, March 31). Israel's ground invasion in south Lebanon. Situation on March 30, 2026. Retrieved March 31, 2026, from <https://www.instagram.com/lorienttoday/p/DWjCFgYjfk9/>

Loysa, C. (2026, March 23). Der Krieg und die libanesische Resilienz – Über Gewöhnung, Gewalt und die Normalisierung des Untragbaren. Retrieved March 30, 2026, from <https://etosmedia.de/politik/der-krieg-und-die-libanesische-resilienz-ueber-gewoehnung-gewalt-und-die-normalisierung-des-untragbaren/>

Reliefweb (2026, March 13). Families in Lebanon face uncertainty under bombs and new evacuation orders. Retrieved March 16, 2026, from <https://reliefweb.int/report/lebanon/families-lebanon-face-uncertainty-under-bombs-and-new-evacuation-orders>

Reuters (2026, March 28). Israeli airstrike kills three Lebanese journalists, Israel says it targeted one. Retrieved March 30, 2026, from <https://www.reuters.com/business/media-telecom/israeli-strike-kills-least-two-lebanese-journalists-al-manar-tv-says-2026-03-28/>

Rygiel, K. (2016). Dying to live: migrant deaths and citizenship politics along European borders: transgressions, disruptions, and mobilizations. *Citizenship Studies*, 20(5), 545–560. DOI: 10.1080/13621025.2016.1182682

Tahrir Institute for Middle East Policy (2026, March 17). The Regional War Lebanon Hoped to Avoid: Unpacking the Escalation. Retrieved March 22, 2026, from <https://www.youtube.com/watch?v=d-3eErfgAt8>

The Public Source (2026, March 12). Rapper Arrested After Criticizing Leadership's Wartime Conduct. Retrieved March 22, 2026, from <https://thepublicsource.org/blog/lebanon-war/rapper-jaafar-touffar-arrest>

UNIFIL (2026, March 28). Peacekeepers facilitating humanitarian relief amidst increasing violence. Retrieved March 29, 2026, from <https://unifil.unmissions.org/en/news/peacekeepers-facilitating-humanitarian-relief-amidst-increasing-violence>